

No. 39019

**Austria
and
Singapore**

Agreement between the Government of the Republic of Austria and the Government of the Republic of Singapore for the avoidance of double taxation and the prevention of fiscal evasion with respect to taxes on income (with protocol).
Viena, 30 November 2001

Entry into force: *22 October 2002 by notification, in accordance with article 27*

Authentic texts: *German and English*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Austria, 11 December 2002*

**Autriche
et
Singapour**

Accord entre le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République de Singapour tendant à éviter la double imposition et à prévenir l'évasion fiscale en matière d'impôts sur le revenu (avec protocole). Vienne, 30 novembre 2001

Entrée en vigueur : *22 octobre 2002 par notification, conformément à l'article 27*

Textes authentiques : *allemand et anglais*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Autriche, 11 décembre 2002*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN

**ZWISCHEN DER REGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER
REGIERUNG DER REPUBLIK SINGAPUR ZUR VERMEIDUNG DER
DOPPELBESTEUERUNG UND ZUR VERHINDERUNG DER STEUERUMGEHUNG
AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN**

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Republik Singapur, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen abzuschließen,

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen oder von Teilen des Einkommens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

- a) in Österreich:
 1. die Einkommensteuer;
 2. die Körperschaftsteuer;
- b) in Singapur:
 - die Einkommensteuer.

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetreteten wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert.

- a) bedeutet der Ausdruck „Österreich“ die Republik Österreich;
- b) bedeutet der Ausdruck „Singapur“ das Staatsgebiet der Republik Singapur, die Hoheitsgewässer Singapurs und den Meeresgrund und Meeresuntergrund der Hoheitsgewässer, und umfasst im geographischen Sinne alle Gebiete, die sich über die Grenzen der Hoheitsgewässer Singapurs hinaus erstrecken, und den Meeresgrund und Meeresuntergrund dieser Gebiete, die nach dem Recht Singapurs und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht als Gebiete bezeichnet sind oder künftig bezeichnet werden, innerhalb derer Singapur Hoheitsrechte für Zwecke der Erforschung und Ausbeutung der belebten oder unbelebten Natur (Bodenschätze) hat;
- c) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personengemeinschaften;
- d) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- e) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen

Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;

f) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;

g) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“

i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;

ii) in Singapur: den Finanzminister oder dessen bevollmächtigten Vertreter;

h) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“

i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;

ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4 ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsführung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat, seine Gebietskörperschaften und Körperschaften des öffentlichen Rechts.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);

b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;

c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;

d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsführung befindet.

Artikel 5 BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebstätte“ umfasst insbesondere:

a) einen Ort der Leitung,

b) eine Zweigniederlassung,

c) eine Geschäftsstelle,

d) eine Fabrikationsstätte,

e) eine Werkstätte und

f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

- (3) Der Ausdruck „Betriebstätte“ umfasst auch:
- a) eine Bauausführung oder Montage, jedoch nur dann, wenn diese Bauausführung oder Montage die Dauer von zwölf Monaten überschreitet;
 - b) die Erbringung von Dienstleistungen einschließlich Überwachungstätigkeiten und Beratungsleistungen eines Unternehmens durch Arbeitnehmer oder anderes Personal, die dieses Unternehmen zu diesem Zweck insgesamt länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten beschäftigt.
- (4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebstätten:
- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
 - b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
 - c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
 - d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
 - e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfsstätigkeit darstellen;
 - f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfsstätigkeit darstellt.
- (5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebstätte machen.
- (6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.
- (7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebstätte der anderen.

Artikel 6

EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

- (1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.
- (2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.
- (3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden alle jene Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, die auch dann abzugsfähig wären, wenn die Betriebstätte ein unabhängiges Unternehmen wäre, und zwar insoweit, als sie in angemessener Weise der Betriebstätte zugerechnet werden können, gleichgültig, ob sie in dem Vertragsstaat, in dem die Betriebstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

(5) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

SEESCHIFFFAHRT, BINNENSCHIFFFAHRT UND LUFTFAHRT

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

(3) Im Sinne dieses Artikels umfassen Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr:

- a) Gewinne aus der Vercharterung von leeren Seeschiffen und Luftfahrzeugen; und
- b) Gewinne aus der Benutzung, der Instandhaltung oder der Vermietung von Containern (einschließlich Anhängern und den mit dem Transport von Containern verbundenen Ausrüstungen), die zum Transport von Gütern oder Waren benutzt werden, wenn entweder die Vercharterung, Benutzung, Instandhaltung oder Vermietung im Rahmen des Betriebes von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr erfolgt.

(4) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates nach Absatz 1 Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und vereinbaren die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten im Wege der Konsultation, dass es sich bei den zugerechneten Gewinnen zur Gänze oder zum Teil um solche handelt, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor, die Gegenstand der Vereinbarung sind. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen.

Artikel 10 DIVIDENDEN

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

- (2) a) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.
 - b) Ist der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft), die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt, dürfen diese Dividenden nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Nutzungsberechtigte der Dividenden ansässig ist.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 sind Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an die Regierung des anderen Vertragsstaats zahlt, im erstgenannten Staat von der Besteuerung ausgenommen.

(4) Im Sinne des Absatzes 3 bedeutet der Ausdruck „Regierung“

- a) im Fall Österreichs die Regierung Österreichs und umfasst:
 - i) die Nationalbank;
 - ii) eine Körperschaft des öffentlichen Rechts;
 - iii) jede Institution, die zur Gänze oder überwiegend im Eigentum der Regierung Österreichs steht und auf die sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten von Zeit zu Zeit einigen;
- b) im Fall Singapurs die Regierung Singapurs und umfasst:
 - i) die Währungsbehörde von Singapur (Monetary Authority of Singapore) und das Währungsdirektorium (Board of Commissioners of Currency);
 - ii) die Government of Singapore Investment Corporation Pte Ltd;
 - iii) eine Körperschaft des öffentlichen Rechts;
 - iv) jede Institution, die zur Gänze oder überwiegend im Eigentum der Regierung Singapurs steht und auf die sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten von Zeit zu Zeit einigen.

(5) Der in diesem Artikel Verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genusscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(6) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden,

tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(7) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

(8) Zahlt eine in Singapur ansässige Gesellschaft Dividenden an eine in Österreich ansässige Person, die der Nutzungsberechtigte dieser Dividenden ist, so wird nach dem gegenwärtigen Recht Singapurs neben der Steuer von den Gewinnen oder vom Einkommen der Gesellschaft in Singapur keine zusätzliche Steuer auf Dividenden erhoben. Nach dem angewandten System der Vollarrechnung ist die von den Dividenden abzugsfähige Steuer eine Steuer auf die Gewinne oder das Einkommen der Gesellschaft und keine Steuer auf Dividenden im Sinne dieses Artikels.

Artikel 11 ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2

- a) sind Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an die Regierung des anderen Vertragsstaats gezahlt werden, von der Besteuerung im erstgenannten Staat ausgenommen;
- b) sind Zinsen, die für Darlehen oder Kredite gezahlt werden, die von der Österreichischen Kontrollbank AG oder einem ähnlichen öffentlichen Rechtsträger Singapurs zur Förderung des Exportes gewährt, garantiert oder versichert werden, von der Besteuerung in dem Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, ausgenommen;
- c) sind Zinsen, die eine Bank eines Vertragsstaats als Nutzungsberechtigter bezieht, von der Besteuerung im anderen Vertragsstaat ausgenommen, wenn der Schuldner eine Bank des anderen Staates ist.

(4) Im Sinne des Absatzes 3 lit. a bedeutet der Ausdruck „Regierung“

- a) im Fall Österreichs die Regierung Österreichs und umfasst:
 - i) die Nationalbank;
 - ii) eine Körperschaft des öffentlichen Rechts;
 - iii) jede Institution, die zur Gänze oder überwiegend im Eigentum der Regierung Österreichs steht und auf die sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten von Zeit zu Zeit einigen;
- b) im Fall Singapurs die Regierung Singapurs und umfasst:
 - i) die Währungsbehörde von Singapur (Monetary Authority of Singapore) und das Währungsdirektorium (Board of Commissioners of Currency);
 - ii) die Government of Singapore Investment Corporation Pte Ltd;
 - iii) eine Körperschaft des öffentlichen Rechts;
 - iv) jede Institution, die zur Gänze oder überwiegend im Eigentum der Regierung Singapurs steht und auf die sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten von Zeit zu Zeit einigen.

(5) Der in diesem Artikel Verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(6) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(7) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(8) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12 LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme und Filme oder Bänder für Rundfunk und Fernsehen, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, für Zwecke der Betriebstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von Anteilen bezieht (ausgenommen Anteile, die an einer anerkannten Börse notieren), deren Wert mindestens zu drei Vierteln unmittelbar oder mittelbar auf im anderen Vertragsstaat gelegenem unbeweglichen Vermögen beruht, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(4) Gewinne, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen bezieht, die im internationalen Verkehr betrieben werden, von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, und von beweglichem Vermögen, einschließlich Containern, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den vorstehenden Absätzen nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

SELBSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Einkünfte dürfen jedoch auch in dem anderen Vertragsstaat besteuert werden; wenn

a) die natürliche Person sich im anderen Staat insgesamt länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten, der während des betreffenden Kalenderjahres beginnt oder endet, aufhält; oder

b) der natürlichen Person im anderen Staat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht,

jedoch nur insoweit, als sie der im anderen Staat ausgeübten Arbeit zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 15

UNSELBSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18, und 19 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten, der während des betreffenden Kalenderjahres beginnt oder endet, aufhält und

b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und

c) die Vergütungen nicht von einer Betriebstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeugs, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben wird, oder an Bord eines Schiffes, das der Binnenschifffahrt dient, ausgeübt wird, nur in diesem Staat besteuert werden. Werden die Vergütungen jedoch von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person bezogen, dürfen sie auch im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 16

AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

KÜNSTLER UND SPORTLER

(1) Ungeachtet der Artikel 14 und 15 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus oder in Zusammenhang mit einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

Artikel 18

RUHEGEHÄLTER

Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 19

ÖFFENTLICHER DIENST

- (1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts an eine natürliche Person für die diesen Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

- (2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts oder aus einem von diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesen Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, einer seiner Gebietskörperschaften

oder Körperschaften des öffentlichen Rechts erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 oder 18 anzuwenden.

**Artikel 20
STUDENTEN**

Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

**Artikel 21
ANDERE EINKÜNFTE**

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 dieses Artikels dürfen Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden und aus dem anderen Vertragsstaat stammen, im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

**Artikel 22
VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG**

(1) In Österreich wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte und dürfen diese Einkünfte nach diesem Abkommen in Singapur besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b bis d diese Einkünfte von der Besteuerung aus.
- b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10, 11, 12, 13 Absatz 2 und 21 in Singapur besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Singapur gezahlte Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Singapur bezogenen Einkünfte entfällt.
- c) Dividenden im Sinne des Artikels 10 Absatz 2 lit. b, die von einer in Singapur ansässigen Gesellschaft an eine in Österreich ansässige Gesellschaft gezahlt werden, sind, vorbehaltlich der entsprechenden Bestimmungen des innerstaatlichen Rechts Österreichs, aber ungeachtet allfälliger nach diesem Recht abweichender Mindestbeteiligungserfordernisse, in Österreich von der Besteuerung ausgenommen.
- d) Einkünfte einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen der Person einbezogen werden.

(2) In Singapur wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

Bezieht eine in Singapur ansässige Person Einkünfte aus Österreich und dürfen diese Einkünfte nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Singapur, vorbehaltlich seiner Gesetze in Bezug auf die Anrechnung der in einem anderen Land als Singapur zu zahlenden Steuer, auf die singapurische Steuer, die auf das Einkommen dieser Person entfällt, die in Österreich unmittelbar oder im Abzugsweg gezahlte Steuer an. Sind diese Einkünfte Dividenden, die eine in Österreich ansässige Gesellschaft an eine in Singapur ansässige Person zahlt, die eine Gesellschaft ist, die unmittelbar oder mittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Gesellschaftskapitals der erstgenannten Gesellschaft verfügt, so erfolgt die Anrechnung unter Berücksichtigung der österreichischen Steuer, die von dieser Gesellschaft für den Teil der Gewinne gezahlt wird, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

**Artikel 23
GLEICHBEHANDLUNG**

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeteilt des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben.

(3) Dieser Artikel ist nicht so auszulegen, als verpflichtet er einen Vertragsstaat,

- a) den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerbefreiungen, -Vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt; oder
- b) Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaats Steuerbefreiungen, -Vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er seinen Staatsangehörigen gewährt, die in diesem Vertragsstaat nicht ansässig sind, oder anderen Personen, die in den Steuergesetzen dieses Vertragsstaats angeführt werden können.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) In diesem Artikel bedeutet der Ausdruck „Besteuerung“ Steuern, die Gegenstand dieses Abkommens sind.

**Artikel 24
VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN**

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 23 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeteilt der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren.

**Artikel 25
INFORMATIONSAUSTAUSCH**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende

Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

- (2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,
- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
 - b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
 - c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

Artikel 26

MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 27

IN-KRAFT-TREten

(1) Jeder Vertragsstaat teilt dem anderen Vertragsstaat den Abschluss der für das In-Kraft-Treten dieses Abkommens nach seinem Recht erforderlichen Verfahren mit.

(2) Dieses Abkommen tritt ab dem Zeitpunkt in Kraft, in dem die spätere dieser Mitteilungen erhalten wird, und findet daraufhin auf Steuern vom Einkommen Anwendung, die sich auf das Kalenderjahr beziehen (einschließlich Wirtschaftsjahre, die in einem solchen Jahr beginnen), dasjenem unmittelbar folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt, und auf darauf folgende Jahre.

Artikel 28

KÜNDIGUNG

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, es kann jedoch jeder Vertragsstaat am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf eines Zeitraumes von fünf Jahren nach seinem In-Kraft-Treten dem anderen Vertragsstaat schriftlich auf diplomatischem Weg dessen Kündigung mitteilen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung auf Steuern vom Einkommen, die sich auf das Kalenderjahr beziehen (einschließlich Wirtschaftsjahre, die in einem solchen Jahr beginnen), dasjenem unmittelbar folgt, in dem die Kündigung erfolgt ist, und auf darauf folgende Jahre.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 30. November 2001, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist.

Für die Regierung der Republik Österreich:

Dr. Johann Demel

Für die Regierung der Republik Singapur:

Chen Choong Joong

PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen, das heute zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Singapur abgeschlossen wurde, sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil dieses Abkommens bilden.

Zu Artikel 13:

1. Im Sinne des Artikels 13 Absatz 2

- a) gelten die Anteile an einer Gesellschaft dann als Anteile, deren Wert mindestens zu drei Vierteln unmittelbar oder mitelbar auf in einem Vertragsstaat gelegenem unbeweglichen Vermögen beruht, wenn die Gesellschaft in diesem Staat gelegenes unbewegliches Vermögen besitzt oder Anteile an einer oder mehreren solchen Investmentgesellschaften hält, deren Gesamtwert mindestens drei Viertel des gemeinen Wertes der gesamten Aktiven am Ende des Wirtschaftsjahres der Gesellschaft unmittelbar vor der Veräußerung der Anteile an der Gesellschaft durch die in Artikel 13 Absatz 2 genannte Person umfasst; und
- b) versteht man im Sinne der obigen lit. a unter einer solchen Investmentgesellschaft eine Gesellschaft, deren Anteile nicht an einer anerkannten Börse notieren und welche in dem in lit. a oben genannten Vertragsstaat gelegenes unbewegliches Vermögen besitzt, dessen Wert mindestens drei Viertel des gemeinen Wertes der gesamten Aktiven am Ende des Wirtschaftsjahres der Gesellschaft unmittelbar vor der Veräußerung der Anteile an der in lit. a oben genannten Gesellschaft durch die in Artikel 13 Absatz 2 genannte Person umfasst.

Zu Artikel 22:

2. Bezieht eine in Österreich ansässige Person von einem Unternehmen Singapurs Einkünfte als echter stiller Gesellschafter nach österreichischem Recht, so wird die in Singapur gezahlte Steuer nach Artikel 22 Absatz 1 lit. b auf die österreichische Steuer angerechnet.
3. Der Ausdruck „vorbehaltlich der entsprechenden Bestimmungen des innerstaatlichen Rechts Österreichs“ in Artikel 22 Absatz 1 lit. c bezieht sich auf Bestimmungen zur Verhinderung von Missbrauch im österreichischen Steuerrecht.

Zu Artikel 23:

4. Die Gewährung der nachstehenden Steuervergünstigungen oder steuerlichen Anreize durch Singapur gilt nicht als Diskriminierung auf Grund des Artikels 23:
 - a) Steuervergünstigungen für nichtansässige Staatsangehörige Singapurs gemäß § 40 des Einkommensteuergesetzes;
 - b) an seine Staatsangehörigen gewährte steuerliche Anreize zur Förderung seiner sozialen Entwicklung in Übereinstimmung mit seiner staatlichen Politik und seinen staatlichen Kriterien;
 - c) Steueranreiz gemäß Teil XIIIIB des Gesetzes betreffend Anreize zur wirtschaftlichen Expansion (Entlastung von der Einkommensteuer) [Economic Expansion Incentives (Relief from Income Tax) Act] zur Förderung von ausländischen Investitionen oder Projekten, die von Unternehmen durchgeführt werden, welche überwiegend Staatsangehörigen Singapurs und in Singapur ständig ansässigen Personen gehören.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 30. November 2001, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist.

Für die Regierung der Republik Österreich:

Dr. Johann Demel

Für die Regierung der Republik Singapur:

Chen Choong Joong

[ENGLISH TEXT — TEXTE ANGLAIS]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF
AUSTRIA AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF
SINGAPORE FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION AND
THE PREVENTION OF FISCAL EVASION WITH RESPECT TO TAXES
ON INCOME

The Government of the Republic of Austria and the Government of the Republic of Singapore, desiring to conclude an Agreement for the avoidance of double taxation and the prevention of fiscal evasion with respect to taxes on income

Have agreed as follows:

Article 1. Persons Covered

This Agreement shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2. Taxes Covered

(1) This Agreement shall apply to taxes on income imposed on behalf of a Contracting State or of its political subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income all taxes imposed on total income, or on elements of income, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, as well as taxes on capital appreciation.

(3) The existing taxes to which the Agreement shall apply are in particular:

a) in Austria:

- i) the income tax (die Einkommensteuer);
- ii) the corporation tax (die Körperschaftsteuer);

b) in Singapore:

the income tax.

(4) The Agreement shall apply also to any identical or substantially similar taxes which are imposed after the date of signature of the Agreement in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any substantial changes which have been made in their respective taxation laws.

Article 3. General Definitions

(1) For the purposes of this Agreement, unless the context otherwise requires:

- a) the term "Austria" means the Republic of Austria;

- b) the term "Singapore" means the territories of the Republic of Singapore, the territorial waters of Singapore and the sea-bed and subsoil of the territorial waters, and when used in a geographical sense includes any area extending beyond the limits of the territorial waters of Singapore, and the sea-bed and subsoil of any such area, which has been or may hereafter be designated under the laws of Singapore and in accordance with international law as an area over which Singapore has sovereign rights for the purposes of exploring and exploiting the natural resources, whether living or non-living;
- c) the term "person" includes an individual, a company and any other body of persons;
- d) the term "company" means any body corporate or any entity which is treated as a body corporate for tax purposes;
- e) the terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
- f) the term "international traffic" means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise of a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
- g) the term "competent authority" means:
 - i) in Austria: the Federal Minister of Finance or his authorised representative;
 - ii) in Singapore: the Minister for Finance or his authorised representative;
- h) the term "national" means:
 - i) any individual possessing the nationality of a Contracting State;
 - ii) any legal person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in a Contracting State.

(2) As regards the application of the Agreement at any time by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has at that time under the law of that State for the purposes of the taxes to which the Agreement applies, any meaning under the applicable tax laws of that State prevailing over a meaning given to the term under other laws of that State.

Article 4. Resident

(1) For the purposes of this Agreement, the term "resident of a Contracting State" means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature, and also includes that State and any political subdivision, local authority or statutory body thereof.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- a) he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States,

- he shall be deemed to be a resident only of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has an habitual abode;
 - c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident only of the State of which he is a national;
 - d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident only of the State in which its place of effective management is situated.

Article 5. Permanent Establishment

(1) For the purposes of this Agreement, the term "permanent establishment" means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term "permanent establishment" includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;
- e) a workshop, and
- f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

(3) The term "permanent establishment" also includes:

- a) a building site, a construction, installation or assembly project, but only where such site or project continue for a period of more than 12 months;
- b) the furnishing of services, including supervisory activities and consultancy services, by an enterprise through employees or other personnel engaged by the enterprise for such purpose for a period or periods exceeding in the aggregate 183 days within any twelve-month period.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term "permanent establishment" shall be deemed not to include:

- a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;

- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs (a) to (e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person-other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies-is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

(6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

(7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6. Income From Immovable Property

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The term "immovable property" shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

Article 7. Business Profits

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions all expenses, including executive and general administrative expenses, which would be deductible if the permanent establishment were an independent enterprise, insofar as they are reasonably allocable to the permanent establishment, whether incurred in the Contracting State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(5) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Agreement, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

*Article 8. Shipping, Inland Waterways Transport
and Air Transport*

(1) Profits of an enterprise of a Contracting State from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in that State.

(2) Profits of an enterprise of a Contracting State from the operation of boats engaged in inland waterways transport shall be taxable only in that State.

(3) For the purposes of this Article, profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall include:

- a) profits from the rental on a bareboat basis of ships and aircraft; and
- b) profits from the use, maintenance or rental of containers (including trailers and related equipment for the transport of containers), used for the transport of goods or merchandise;

where such rental or such use, maintenance or rental, as the case may be, is incidental to the operation of ships or aircraft in international traffic.

(4) The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9. Associated Enterprises

(1) Where

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) Where a Contracting State includes, in accordance with the provisions of paragraph 1, in the profits of an enterprise of that State-and taxes accordingly-profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and where the competent authorities of the Contracting States agree, upon consultation, that all or part of the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those agreed profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Agreement.

Article 10. Dividends

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

- (2) a) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the dividends is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the dividends.
- b) If the beneficial owner is a company (other than a partnership) which holds directly at least 10 per cent of the capital of the company paying the dividends, such dividends shall be taxable only in the Contracting State of which the beneficial owner of the dividends is a resident.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2, dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to the Government of the other Contracting State shall be exempt from tax in the first-mentioned State.

- (4) For the purposes of paragraph 3, the term "Government"

- a) in the case of Austria, means the Government of Austria and shall include:
 - i) the Central Bank;
 - ii) a statutory body;
 - iii) any institution wholly or mainly owned by the Government of Austria as may be agreed from time to time between the competent authorities of the Contracting States.
- b) in the case of Singapore, means the Government of Singapore and shall include:
 - i) the Monetary Authority of Singapore and the Board of Commissioners of Currency;
 - ii) the Government of Singapore Investment Corporation Pte Ltd;
 - iii) a statutory body;
 - iv) any institution wholly or mainly owned by the Government of Singapore as may be agreed from time to time between the competent authorities of the Contracting States.

(5) The term "dividends" as used in this Article means income from shares, "jouissance" shares or "jouissance" rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income from other corporate rights which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident.

(6) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(7) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

(8) Under the current Singapore laws, where dividends are paid by a company which is a resident of Singapore to a resident of Austria who is the beneficial owner of such dividends, there is no tax in Singapore which is chargeable on dividends in addition to the tax chargeable in respect of the profits or income of the company. Under the full imputation system adopted, the tax deductible from dividends is a tax on the profits or income of the company and not a tax on dividends within the meaning of this Article.

Article 11. Interest

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the interest is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 5 per cent of the gross amount of the interest.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2,

- a) interest arising in a Contracting State and paid to the Government of the other Contracting State shall be exempt from tax in the first-mentioned State;
- b) interest paid in respect of a loan or credit made, guaranteed or insured by the Oesterreichische Kontrollbank AG or a similar Singapore public entity the objective of which is to promote export shall be exempt from tax in the Contracting State in which the interest arises;
- c) interest derived and beneficially owned by a bank of a Contracting State shall be exempt from tax in the other Contracting State if the payer is a bank of the other State.

(4) For the purposes of sub-paragraph a) of paragraph 3, the term "Government"

- a) in the case of Austria, means the Government of Austria and shall include:
 - i) the Central Bank;
 - ii) a statutory body;
 - iii) any institution wholly or mainly owned by the Government of Austria as may be agreed from time to time between the competent authorities of the Contracting States.
- b) in the case of Singapore, means the Government of Singapore and shall include:
 - i) the Monetary Authority of Singapore and the Board of Commissioners of Currency;
 - ii) the Government of Singapore Investment Corporation Pte Ltd;
 - iii) a statutory body;
 - iv) any institution wholly or mainly owned by the Government of Singapore as may be agreed from time to time between the competent authorities of the Contracting States.

(5) The term "interest" as used in this Article means income from debt claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

(6) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting

State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(7) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(8) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 12. Royalties

(1) Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the royalties is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 5 per cent of the gross amount of the royalties.

(3) The term "royalties" as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films, and films or tapes for radio or television broadcasting, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for the use of, or the right to use, industrial, commercial or scientific equipment, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a

fixed base in connection with which the liability to pay the royalties was incurred, and such royalties are borne by such permanent establishment or fixed base, then such royalties shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(6) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 13. Capital Gains

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of shares, other than shares quoted on a recognised Stock Exchange, deriving at least three-quarters of their value directly or indirectly from immovable property situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(3) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other State.

(4) Gains derived by an enterprise of a Contracting State from the operation of ships or aircraft operated in international traffic, boats engaged in inland waterways transport or movable property, including containers, pertaining to the operation of such ships, aircraft or boats, shall be taxable only in that State.

(5) Gains from the alienation of any property other than that referred to in the preceding paragraphs shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14. Independent Personal Services

(1) Income derived by an individual who is a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that State. However, such income may also be taxed in the other Contracting State if:

- a) the individual is present in the other State for a period or periods exceeding in the aggregate 183 days in any period of twelve months commencing or ending in the calendar year concerned; or

b) the individual has a fixed base regularly available to him in that other State for the purpose of performing his activities;

but only so much thereof as is attributable to services performed in that other State.

(2) The term "professional services" includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

Article 15. Dependent Personal Services

(1) Subject to the provisions of Articles 16, 18, and 19, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in any period of twelve months commencing or ending in the calendar year concerned; and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic or aboard a boat engaged in inland waterways transport, by an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State. However, if the remuneration is derived by a resident of the other Contracting State, it may also be taxed in that other State.

Article 16. Directors' Fees

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17. Artistes and Sportsmen

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of or in connection with personal activities exercised by an entertainer or a sportsman accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

Article 18. Pensions

Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 19, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

Article 19. Government Service

- (1) a) Salaries, wages and other similar remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State or a political subdivision, a local authority or a statutory body thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision, authority or body shall be taxable only in that State.
 - b) However, such salaries, wages and other similar remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who:
 - i) is a national of that State; or
 - ii) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.
- (2) a) Any pension paid by, or out of funds created by, a Contracting State or a political subdivision, a local authority or a statutory body thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision, authority or body shall be taxable only in that State.
 - b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.
- (3) The provisions of Articles 15, 16, 17, and 18 shall apply to salaries, wages and other similar remuneration, and to pensions, in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State or a political subdivision, a local authority or a statutory body thereof.

Article 20. Students

Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.

Article 21. Other Income

(1) Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Agreement shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in paragraph 2 of Article 6, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2 of this Article, items of income of a resident of a Contracting State not dealt with in the foregoing Articles of this Agreement and arising in the other Contracting State may be taxed in that other Contracting State.

Article 22. Elimination of Double Taxation

(1) In Austria double taxation shall be avoided as follows:

- a) Where a resident of Austria derives income which, in accordance with the provisions of this Agreement, may be taxed in Singapore, Austria shall, subject to the provisions of subparagraphs b) to d), exempt such income from tax.
- b) Where a resident of Austria derives items of income which, in accordance with the provisions of Articles 10, 11, 12, paragraph 2 of Article 13, and 21 may be taxed in Singapore, Austria shall allow as a deduction from the tax on the income of that resident an amount equal to the tax paid in Singapore. Such deduction shall not, however, exceed that part of the tax, as computed before the deduction is given, which is attributable to such items of income derived from Singapore.
- c) Dividends in the sense of sub-paragraph b) of paragraph 2 of Article 10 paid by a company which is a resident of Singapore to a company which is a resident of Austria shall be exempt from tax in Austria, subject to the relevant provisions of the domestic law of Austria, however, notwithstanding any deviating minimum participation requirements provided for by that law.
- d) Where in accordance with any provision of the Agreement income derived by a resident of Austria is exempt from tax in Austria, Austria may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income of such resident, take into account the exempted income.

(2) In Singapore double taxation shall be avoided as follows:

Where a resident of Singapore derives income from Austria which, in accordance with the provisions of this Agreement, may be taxed in Austria, Singapore shall, subject to its laws regarding the allowance as a credit against Singapore tax of tax payable in any country other than Singapore, allow the Austrian tax paid, whether directly or by deduction, as a credit

against the Singapore tax payable on the income of the resident. Where such income is a dividend paid by a company which is a resident of Austria to a resident of Singapore which is a company owning directly or indirectly not less than 10 per cent of the share capital of the first-mentioned company, the credit shall take into account the Austrian tax paid by that company on the portion of its profits out of which the dividend is paid.

Article 23. Non-discrimination

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

(2) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities.

(3) Nothing in this Article shall be construed as obliging a Contracting State to grant to
a) residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for tax purposes which it grants to its own residents; or
b) nationals of the other Contracting State those personal allowances, reliefs and reductions for tax purposes which it grants to its own nationals who are not resident in that Contracting State or to such other persons as may be specified in the taxation laws of that Contracting State.

(4) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

(5) In this Article, the term "taxation" means taxes which are the subject of this Agreement.

Article 24. Mutual Agreement Procedure

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 23, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Agreement.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Agreement. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Agreement. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Agreement.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

Article 25. Exchange of Information

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is relevant for carrying out the provisions of this Agreement or of the domestic laws of the Contracting States concerning taxes covered by the Agreement insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Agreement. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to, the taxes covered by the Agreement. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions.

(2) In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (*ordre public*).

Article 26. Members of Diplomatic Missions and Consular Posts

Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

Article 27. Entry into Force

(1) Each of the Contracting States shall notify to the other the completion of the procedures required by its law for the bringing into force of this Agreement.

(2) The Agreement shall enter into force on the date of receipt of the later of these notifications and shall thereupon have effect in respect of taxes on income relating to the calendar year (including accounting periods beginning in any such year) next following that in which the Agreement enters into force and subsequent years.

Article 28. Termination

This Agreement shall remain in force indefinitely, but either of the Contracting States may, on or before 30th June in any calendar year beginning after the expiration of a period of five years from the date of its entry into force, give to the other Contracting State, through the diplomatic channels, written notice of termination. In such event, the Agreement shall cease to have effect in respect of taxes on income relating to the calendar year (including accounting periods beginning in any such year) next following that in which the notice is given and subsequent years.

In witness whereof the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Agreement.

Done in duplicate in Vienna, on the 30th day of November 2001, in the German and English languages, each text being equally authentic.

For the Government of the Republic of Austria:

DR. JOHANN DEMEL

For the Government of the Republic of Singapore:

CHEN CHOONG JOONG

PROTOCOL

At the moment of signing the Agreement for the Avoidance of Double Taxation and the Prevention of Fiscal Evasion with respect to Taxes on Income, this day concluded between the Government of the Republic of Austria and the Government of the Republic of Singapore, the undersigned have agreed that the following provisions shall form an integral part of the Agreement.

With reference to Article 13:

1. For the purposes of paragraph 2 of Article 13:
 - a) the shares of a company are considered as deriving at least three-quarters of their value directly or indirectly from immovable property situated in a Contracting State if the company has immovable property situated in that State or shares in one or more relevant investment companies, the aggregate value of which comprises at least three-quarters of the market value of its total assets as at the end of the accounting period of the company immediately before the alienation of the shares in the company by the person referred to in paragraph 2 of Article 13; and
 - b) for the purposes of sub-paragraph a) above, a relevant investment company means a company whose shares are not quoted on a recognised Stock Exchange and which has immovable property situated in the Contracting State referred to in sub-paragraph a) above, the value of which comprises at least three-quarters of the market value of its total assets as at the end of the accounting period of the company immediately before the disposal of the shares in the company referred to in sub-paragraph a) above by the person referred to in paragraph 2 of Article 13.

With reference to Article 22:

2. Where a resident of Austria derives income from an enterprise of Singapore as a "typical silent partner" (echter stiller Gesellschafter) under Austrian law, the tax paid thereon to Singapore shall be deducted from the Austrian tax according to the provisions of subparagraph b) of paragraph 1 of Article 22.
3. The phrase "subject to the relevant provisions of the domestic law of Austria" in sub-paragraph c) of paragraph 1 of Article 22 refers to anti-abuse provisions in the Austrian tax law.

With reference to Article 23:

4. Granting by Singapore of the following tax reliefs or incentives shall not be construed as discrimination under Article 23:
 - a) tax reliefs for non-resident nationals of Singapore under Section 40 of the Income Tax Act;
 - b) tax incentives granted to its nationals to promote social development in accordance with its national policy and criteria;
 - c) tax incentive under Part XIIIIB of the Economic Expansion Incentives (Relief from Income Tax) Act for the promotion of overseas investments or projects carried out by enterprises mainly owned by nationals and permanent residents of Singapore.

In witness whereof the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Protocol.

Done in duplicate in Vienna, on the 30thday of November 2001, in the German and English languages, each text being equally authentic.

For the Government of the Republic of Austria:

DR. JOHANN DEMEL

For the Government of the Republic of Singapore:

CHEN CHOONG JOONG

[TRANSLATION -- TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE SINGAPOUR TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION ET À PRÉVENIR L'ÉVASION FISCALE EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU

Le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République de Singapour, désireux de conclure un Accord tendant à éviter la double imposition et à prévenir l'évasion fiscale en matière d'impôts sur le revenu,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier. Personnes visées

Le présent Accord s'applique aux personnes qui sont des résidents de l'un des Etats contractants ou des deux.

Article 2. Impôts visés

(1) Le présent Accord s'applique aux impôts sur le revenu perçus pour le compte d'un Etat contractant ou de ses subdivisions politiques ou de ses collectivités locales, quelles que soient leurs modalités de recouvrement.

(2) Sont considérés comme impôts sur le revenu tous les impôts perçus sur le revenu total, ou sur des éléments du revenu, y compris les impôts sur les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers ou immobiliers ainsi que les impôts sur la plus-value du capital.

(3) Les impôts actuels auxquels l'Accord s'applique sont en particulier les suivants :

a) en Autriche :

- i) l'impôt sur le revenu (die Einkommensteuer);
- ii) l'impôt sur les sociétés (die Körperschaftsteuer);

b) à Singapour :

l'impôt sur le revenu.

(4) L'Accord s'applique également à tous les impôts de nature identique ou analogue qui viendraient, après la date de la signature de l'Accord, s'ajouter aux impôts actuels ou les remplacer. Les autorités compétentes des Etats contractants se communiquent toutes les modifications importantes apportées à leurs législations fiscales respectives.

Article 3. Définitions générales

(1) Aux fins du présent Accord, et à moins que le contexte n'en décide autrement :

- a) le terme "Autriche" désigne la République d'Autriche;

- b) le terme " Singapour " désigne les territoires de la République de Singapour, les eaux territoriales de Singapour ainsi que le fond marin et le sous-sol des eaux territoriales, et, lorsque utilisé dans un sens géographique, englobe toute zone s'étendant au-delà des limites des eaux territoriales de Singapour, de même que le fond marin et le sous-sol de toutes zones de ce type, ayant été ou étant susceptible d'être désignée ultérieurement, en vertu de la législation de Singapour, et conformément au droit international, comme une zone sur laquelle Singapour a des droits souverains aux fins de l'exploration et de l'exploitation des ressources naturelles, qu'elles soient vivantes ou non;
- c) le terme " personne " s'entend d'une personne physique, d'une société ou de tout autre groupe de personnes;
- d) le terme " soeiété " s'entend de toute personne morale ou de toute entité assimilée à une personne morale aux fins d'imposition;
- e) les expressions " entreprise d'un Etat contractant " et " entreprise de l'autre Etat eontractant " s'entendent respectivement d'une entreprise exploitée par un résident d'un Etat contractant et d'une entreprise exploitée par un résident de l'autre Etat contrac-tant;
- f) l'expression " trafic international " s'entend de tout transport par un navire ou un aéronef exploité par une entreprise d'un Etat contractant, sauf lorsque le navire ou l'aéronef n'est exploité qu'entre des points situés dans l'autre Etat contractant;
- g) l'expression " autorité compétente " désigne :
 - i) en Autriche : le Ministre fédéral des finances ou son représentant autorisé;
 - ii) à Singapour : le Ministre des finances ou son représentant autorisé;
- h) le terme " ressortissant " désigne :
 - i) toute personne physique ayant la nationalité d'un Etat contractant;
 - ii) toute personne morale, société de personnes ou association dont le statut est con-forme à la législation en vigueur dans un Etat eontractant.

(2) Aux fins de l'application du présent Accord à tout moment par un Etat contractant, tout terme qui n'y est pas défini, à moins que le contexte n'en dispose autrement, a le sens que lui attribue alors la législation dudit Etat au regard des impôts auxquels s'applique l'Accord, tout sens que lui donne la législation fiscale applicable dudit Etat prévalant sur le sens donné au même terme par les autres lois dudit Etat.

Article 4. Résident

(1) Aux fins du présent Accord, l'expression " résident d'un Etat contractant " désigne toute personne qui, en vertu de la législation dudit Etat est assujettie à l'impôt dans ledit Etat en raison de son domicile, de sa résidence, de son siège de direction ou de tout autre critère du même ordre, et englobe également cet Etat ainsi que toute subdivision politique, collectivité locale ou organisme public de celui-ci.

(2) Lorsque, en raison des dispositions du paragraphe 1, une personne physique est un résident des deux Etats contractants, sa situation est déterminée comme suit :

- a) elle est considérée comme ne résidant que dans l'Etat dans lequel elle dispose d'un foyer permanent; si elle dispose d'un foyer permanent dans les deux Etats, elle est considérée comme ne résidant que dans l'Etat avec lequel ses relations personnelles et économiques sont les plus étroites (centre des intérêts vitaux);
- b) si l'Etat dans lequel se trouve le centre de ses intérêts vitaux ne peut être déterminé, ou si elle n'a aucun foyer permanent à disposition dans l'un ou dans l'autre Etat, elle est considérée comme étant résidente de l'Etat dans lequel elle réside habituellement;
- c) si elle réside habituellement dans les deux Etats ou si elle ne réside habituellement dans aucun d'entre eux, elle est considérée comme étant un résident de l'Etat dont elle a la nationalité;
- d) si elle a la nationalité des deux Etats ou si elle n'a la nationalité d'aucun d'entre eux, les autorités compétentes des Etats contractants règlent la question d'un commun accord.

(3) Lorsque, en raison des dispositions du paragraphe 1, une personne autre qu'une personne physique est un résident des deux Etats contractants, elle est considérée comme étant un résident de l'Etat dans lequel son siège de direction effective est situé.

Article 5. Etablissement stable

(1) Aux fins du présent Accord, l'expression " établissement stable " s'entend d'une installation fixe d'affaires par l'intermédiaire de laquelle une entreprise exerce tout ou partie de son activité.

(2) L'expression " établissement stable " couvre en particulier :

- a) un siège de direction;
- b) une succursale;
- c) un bureau;
- d) une usine;
- e) un atelier; et
- f) une mine, un puits de pétrole ou de gaz, une carrière ou tout autre lieu d'extraction de ressources naturelles.

(3) L'expression " établissement stable " englobe également :

- a) un chantier de bâtiment, un projet de construction, d'installation ou de montage, quoique uniquement lorsque ce chantier ou ce projet dure plus de 12 mois;
- b) les prestations de services, y compris les activités de supervision et les services conseil, par une entreprise, par le biais d'employés ou d'autres personnes recrutées par l'entreprise à cet effet pendant une ou des périodes dépassant au total 183 jours sur toute période de 12 mois.

(4) Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, il est considéré qu'il n'y a pas " établissement stable " si :

- a) il est fait usage d'installations aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison de marchandises appartenant à l'entreprise;
- b) des biens ou des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposés aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison;
- c) des biens ou des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposés aux seules fins de transformation par une autre entreprise;
- d) une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'acheter des biens ou des marchandises ou de recueillir des renseignements pour l'entreprise;
- e) une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'exercer, pour l'entreprise, toute autre activité de caractère préparatoire ou auxiliaire;
- f) une installation fixe d'affaires n'est utilisée que pour exercer, selon quelque combinaison que ce soit, des activités visées aux alinéas a) à e), sous réserve que l'activité générale de l'installation fixe d'affaires résultant de cette combinaison ait un caractère préparatoire ou auxiliaire.

(5) Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2, lorsqu'une personne autre qu'un agent jouissant d'un statut indépendant et auquel s'applique le paragraphe 6 agit pour le compte d'une entreprise et dispose dans un Etat contractant de pouvoirs qu'elle y exerce habituellement et qui lui permettent de conclure des contrats au nom de l'entreprise, celle-ci est réputée avoir un établissement stable dans cet Etat au regard de toutes les activités que cette personne exerce pour l'entreprise, à moins que les activités de la personne en cause ne soient limitées à celles visées au paragraphe 4, lesquelles, si elles étaient exercées par l'intermédiaire d'une installation fixe d'affaires, ne conféreraient pas à ladite installation le caractère d'un établissement stable au sens dudit paragraphe.

(6) Une entreprise n'est pas réputée avoir un établissement stable dans un Etat contractant du seul fait qu'elle exerce une activité dans cet Etat par l'entremise d'un courtier, d'un commissionnaire général ou de tout autre agent jouissant d'un statut indépendant, si ces personnes agissent dans le cadre ordinaire de leurs activités.

(7) Le fait qu'une société qui est un résident d'un Etat contractant contrôle une société ou est contrôlée par une société qui est un résident de l'autre Etat contractant, ou qui exerce une activité dans ledit autre Etat (que ce soit par l'intermédiaire d'un établissement stable ou autrement) ne suffit pas en soi à faire de l'une quelconque de ces sociétés un établissement stable de l'autre.

Article 6. Revenus immobiliers

(1) Les revenus qu'un résident d'un Etat contractant tire de biens immobiliers (y compris les revenus d'exploitations agricoles ou forestières) situés dans l'autre Etat contractant peuvent être imposés dans cet autre Etat.

(2) L'expression "biens immobiliers" a le sens que lui attribue le droit de l'Etat contractant où les biens considérés sont situés. Elle couvre en tout état de cause les biens accessoires aux biens immobiliers, le cheptel et le matériel utilisé dans l'agriculture et la sylviculture, les droits régis par les dispositions du droit public applicable à la propriété foncière, l'usufruit des biens immobiliers et les droits donnant lieu à des paiements varia-

bles ou fixes en contrepartie de l'exploitation ou du droit d'exploitation des gisements minéraux, des sources ou d'autres ressources naturelles; les navires, les bateaux et les aéronefs ne sont pas réputés constituer des biens immobiliers.

(3) Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent aux revenus provenant de l'exploitation directe, de la location ainsi que de toute autre forme d'exploitation des biens immobiliers.

(4) Les dispositions des paragraphes 1 et 3 s'appliquent également aux revenus tirés des biens immobiliers d'une entreprise ainsi qu'aux revenus des biens immobiliers servant à l'exercice d'une profession indépendante.

Article 7. Bénéfices des entreprises

(1) Les bénéfices d'une entreprise d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat à moins que l'entreprise n'exerce son activité dans l'autre Etat par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé. Si l'entreprise exerce son activité dans ces conditions, ses bénéfices sont imposables dans l'autre Etat quoique uniquement dans la mesure où ils sont imputables audit établissement stable.

(2) Sous réserve des dispositions du paragraphe 3, lorsqu'une entreprise d'un Etat contractant exerce une activité dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, il est imputé, dans chacun des Etats contractants audit établissement stable, les bénéfices qu'il aurait pu réaliser s'il avait constitué une entreprise distincte exerçant des activités identiques ou analogues dans des conditions identiques ou analogues et traitant en toute indépendance avec l'entreprise dont il est un établissement stable.

(3) Pour déterminer les bénéfices d'un établissement stable, sont admises en déduction toutes les dépenses, y compris les dépenses de gestion et les frais généraux d'administration, qui seraient déductibles si l'établissement stable était une entreprise indépendante, pour autant que ces dépenses peuvent être raisonnablement imputées à l'établissement stable, que lesdites dépenses aient été subies dans l'Etat contractant dans lequel l'établissement stable est situé ou ailleurs.

(4) Aucun bénéfice n'est imputé à l'établissement stable au seul motif qu'il a acheté des biens ou des marchandises pour l'entreprise.

(5) Lorsque les bénéfices comprennent des éléments de revenu qui sont traités séparément dans d'autres articles du présent Accord, les dispositions de ces articles ne sont pas affectées par les dispositions du présent article.

Article 8. Transport maritime, transport par cours d'eau et transport aérien

(1) Les bénéfices qu'une entreprise d'un Etat contractant tire de l'exploitation de navires ou d'aéronefs en trafic international ne sont imposables que dans ledit Etat.

(2) Les bénéfices qu'une entreprise d'un Etat contractant tire de l'exploitation de bateaux de navigation intérieure ne sont imposables que dans ledit Etat.

(3) Aux fins du présent article, les bénéfices tirés de l'exploitation de navires ou d'aéronefs exploités en trafic international comprennent notamment :

- a) les bénéfices tirés de la location coque nue des navires et des aéronefs; et
- b) les bénéfices tirés de l'exploitation, de l'entretien ou de la location de conteneurs (y compris des remorques et du matériel connexe de transport de conteneurs), servant au transport de biens ou de marchandises;

lorsque cette location ou cette exploitation, cet entretien ou cette location, selon le cas, est connexe à l'exploitation de navires ou d'aéronefs en trafic international.

(4) Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent également aux bénéfices tirés de la participation à un groupement d'entreprises, à une opération conjointe ou à un organisme international d'exploitation.

Article 9. Entreprise associées

(1) Lorsque :

- a) une entreprise d'un Etat contractant participe directement ou indirectement à la gestion, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'autre Etat contractant, ou
- b) que les mêmes personnes participent directement ou indirectement à la gestion, au contrôle ou au capital d'une entreprise d'un Etat contractant et d'une entreprise de l'autre Etat contractant,

et que dans l'un ou l'autre cas, les deux entreprises sont, dans leurs relations commerciales et financières, liées par des conditions convenues ou imposées qui diffèrent de celles qui seraient convenues entre des entreprises indépendantes, les bénéfices qui, en l'absence de ces conditions, auraient été réalisés par l'une des entreprises, mais n'ont pu l'être en fait en raison de ces conditions, peuvent être inclus dans les bénéfices de cette entreprise et imposés en conséquence.

(2) Lorsque, conformément aux dispositions du paragraphe 1, un Etat contractant inclut dans les bénéfices d'une entreprise de cet Etat - et impose en conséquence - des bénéfices sur lesquels une entreprise de l'autre Etat contractant a été imposée dans cet autre Etat, et que les autorités compétentes des Etats contractants conviennent, après s'être consultées, que la totalité ou une partie des bénéfices ainsi inclus sont des bénéfices qui auraient été réalisés par l'entreprise de l'Etat premier mentionné si les conditions qui existaient entre les deux entreprises avaient été celles qui auraient existé entre entreprises indépendantes, ledit autre Etat procède à un ajustement approprié du montant de l'impôt perçu sur ces bénéfices. Pour déterminer cet ajustement, il est dûment tenu compte des autres dispositions du présent Accord.

Article 10. Dividendes

(1) Les dividendes payés par une société qui est un résident d'un Etat contractant à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

(2) a) Toutefois, ces dividendes sont aussi susceptibles d'être imposés dans l'Etat contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident, ceci conformément

à la législation de cet Etat; néanmoins, si le bénéficiaire effectif des dividendes est un résident de l'autre Etat contractant, l'impôt ainsi établi ne peut dépasser 10 % du montant brut des dividendes.

- b) si le bénéficiaire effectif est une société (autre qu'une société de personnes) qui détient directement au moins 10 % du capital de la société qui paie les dividendes, ceux-ci ne sont imposables que dans l'Etat contractant dont le bénéficiaire effectif des dividendes est un résident.

Les dispositions du présent paragraphe n'influent pas sur l'imposition des bénéfices de la société sur lesquels les dividendes sont payés.

(3) Nonobstant les dispositions du paragraphe 2 les dividendes payés par une société qui est un résident d'un Etat contractant au Gouvernement de l'autre Etat contractant sont exonérés d'impôts dans le premier Etat mentionné.

(4) Aux fins du paragraphe 3, le terme " Gouvernement " :

- a) dans le cas de l'Autriche, désigne le Gouvernement de l'Autriche et comprend :
- i) la banque centrale
 - ii) un organisme public
 - iii) tout organisme appartenant en totalité ou principalement au Gouvernement autrichien, dont il peut être convenu à tout moment entre les autorités compétentes des Etats contractants.
- b) dans le cas de Singapour, désigne le Gouvernement de Singapour et comprend :
- i) l'Autorité Monétaire de Singapour (Monetary Authority of Singapore) et le Conseil des Commissaires de la Monnaie (Board of Commissioners of Currency).
 - ii) le Conseil d'administration de Singapore Investment Corporation Pte Ltd.
 - iii) un organisme public
 - iv) tout organisme appartenant en totalité ou essentiellement au Gouvernement de Singapour, dont il peut être convenu à tout moment entre les autorités compétentes des Etats contractants.

(5) Au sens du présent Article, le terme " dividendes " s'entend du revenu des actions, des actions ou bons de jouissance, des parts de mines, des parts de fondateurs ou autres droits à l'exception des créances, des participations aux bénéfices, ainsi que des revenus des autres parts sociales assujettis au même régime fiscal que les revenus des actions par le droit fiscal de l'Etat dont la société distributrice des dividendes est un résident.

(6) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des dividendes, résident de l'un des Etats contractants, exerce dans l'autre Etat contractant dont la société distributrice des dividendes est un résident une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé ou exerce dans cet autre Etat une profession indépendante à partir d'une base fixe qui y est située, et que la participation génératrice des dividendes se rattache effectivement àudit établissement stable ou à ladite base fixe. En pareil cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 4, selon le cas, sont applicables.

(7) Lorsqu'une société qui est un résident d'un Etat contractant tire des bénéfices ou des revenus de l'autre Etat contractant, cet autre Etat ne peut prélever d'impôt sur les dividendes payés par la société, excepté dans la mesure où ces dividendes sont payés à un résident de cet autre Etat ou dans la mesure où la participation génératrice des dividendes se rattache effectivement à un établissement stable ou à une base fixe situé dans cet autre Etat, ni aucun impôt au titre de l'imposition des bénéfices non distribués de la société, même si les dividendes payés ou les bénéfices non distribués consistent, en tout ou en partie, en bénéfices ou en revenus provenant de cet autre Etat.

(8) Suivant la législation actuelle de Singapour, lorsque des dividendes sont payés par une société qui est un résident de Singapour à un résident de l'Autriche qui en est le bénéficiaire effectif, aucun impôt n'est exigible à Singapour au titre des dividendes venant s'ajouter à l'impôt imputable aux bénéfices ou au revenu de la société. Au sens du présent article, selon le système d'imputation totale adopté, l'impôt déductible des dividendes est un impôt sur les bénéfices ou les revenus de la société et non pas un impôt sur les dividendes.

Article 11. Intérêts

(1) Les intérêts provenant de l'un des Etats contractants et payés à un résident de l'autre Etat contractant peuvent être imposés dans cet autre Etat.

(2) Toutefois, ces intérêts sont également susceptibles d'être imposés dans l'Etat contractant de provenance et conformément à la législation de cet Etat, quoique, si le bénéficiaire effectif des intérêts est un résident de l'autre Etat contractant, l'impôt ainsi établi ne peut dépasser 5% du montant brut des intérêts.

(3) Nonobstant les dispositions du paragraphe 2,

- a) les intérêts provenant d'un Etat contractant et payés au Gouvernement de l'autre Etat contractant sont exemptés d'impôts dans l'Etat premier cité.
- b) les intérêts payés au titre d'un prêt ou d'un crédit consenti, garanti ou assuré par la Oesterreichische Kontrollbank AG ou par un organisme public analogue de Singapour dont l'objectif est de favoriser les exportations sont exonérés d'impôts dans l'Etat contractant dont ils proviennent;
- c) les intérêts provenant d'un Etat contractant et dont le bénéficiaire effectif est une banque dudit Etat contractant sont exonérés d'impôts dans l'autre Etat contractant si le débiteur est une banque de l'autre Etat.

(4) Aux fins de l'alinéa a) du paragraphe 3 le terme " Gouvernement " :

- a) dans le cas de l'Autriche, désigne le Gouvernement de l'Autriche et englobe :
 - i) la banque centrale;
 - ii) un organisme public;
 - iii) tout organisme appartenant en totalité ou principalement au Gouvernement autrichien, dont il peut être convenu à tout moment entre les autorités compétentes des Etats contractants.
- b) dans le cas de Singapour, désigne le Gouvernement de Singapour et comprend :

- i) l'Autorité Monétaire de Singapour et le Conseil des Commissaires à la Monnaie;
- ii) le Conseil d'Administration de la Singapore Investment Corporation Pte Ltd;
- iii) un organisme public;
- iv) tout organisme appartenant en totalité ou principalement au Gouvernement de Singapour, dont il peut être convenu à tout moment entre les autorités compétentes des Etats contractants.

(5) Le terme " intérêts " tel qu'il est employé dans le présent Article désigne les revenus des créances de toute nature, assorties ou non de garanties hypothécaires ou d'une clause de participation aux bénéfices du débiteur, et notamment les revenus des fonds publics ainsi que des bons ou des obligations, y compris les primes et les lots attachés à ces fonds publics, bons ou obligations. Les pénalités de retard de paiement ne sont pas considérées comme des intérêts aux fins du présent article.

(6) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des intérêts, résident d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant d'où proviennent les intérêts une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, ou exerce dans cet autre Etat une profession indépendante à partir d'une base fixe qui y est située, et que la créance génératrice des intérêts se rattache effectivement à l'établissement stable ou à la base fixe. En pareil cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, selon le cas, sont applicables.

(7) Les intérêts sont réputés provenir de l'un des Etats contractants lorsque le débiteur est un résident de cet Etat. Toutefois, lorsque le débiteur des intérêts, qu'il soit ou non résident de l'un des Etats contractants, dispose dans l'un d'entre eux d'un établissement stable ou d'une base fixe au titre duquel la dette génératrice des intérêts a été contractée, et que ces intérêts sont supportés par ledit établissement ou par ladite base fixe, ces intérêts sont considérés comme provenant de l'Etat dans lequel l'établissement stable ou la base fixe est situé.

(8) Lorsque, en raison des relations particulières qui existent entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou des relations que l'un et l'autre entretiennent avec un tiers, le montant des intérêts versés, compte-tenu de la créance au titre de laquelle ils sont payés, dépasse le montant qui aurait été convenu entre le débiteur et le bénéficiaire effectif en l'absence de telles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'au dernier montant mentionné. En pareil cas, la part excédentaire des paiements reste imposable conformément à la législation de chacun des Etats contractants, compte étant dûment tenu des autres dispositions du présent Accord.

Article 12. Redevances

(1) Les redevances provenant de l'un des Etats contractants et payées à un résident de l'autre Etat contractant peuvent être imposées dans cet autre Etat.

(2) Toutefois, ces redevances peuvent également être imposées dans l'Etat contractant de provenance et conformément à la législation de cet Etat, étant entendu que, si le bénéficiaire effectif des redevances est un résident de l'autre Etat contractant, l'impôt ainsi établi ne peut dépasser 5 % du montant brut des redevances.

(3) Le terme " redevances " tel qu'il est employé dans le présent article désigne les paiements de toute nature perçus pour l'usage, ou la concession de l'usage, d'un droit d'auteur sur une oeuvre littéraire, artistique ou scientifique, y compris les films cinématographiques, ou les films ou bandes utilisées pour les émissions radiophoniques ou télévisées, d'un brevet, d'une marque de fabrique ou de commerce, d'un dessin ou d'un modèle, d'un plan, d'une formule ou d'un procédé secret, ou pour l'usage ou la concession de l'usage d'un équipement industriel, commercial ou scientifique, ou pour des informations ayant trait à une expérience acquise dans le domaine industriel, commercial ou scientifique.

(4) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des redevances, résident d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant dont les redevances proviennent une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, ou une profession indépendante à partir d'une base fixe qui y est située, et que le droit ou le bien générateur des redevances se rattache effectivement à l'établissement stable ou à la base fixe. En pareil cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, selon le cas, sont applicables.

(5) Les redevances sont réputées provenir d'un Etat contractant lorsque le débiteur est un résident de cet Etat. Toutefois, lorsque le débiteur des redevances, qu'il soit ou non résident d'un Etat contractant, a dans un Etat contractant un établissement stable ou une base fixe pour lequel l'engagement donnant lieu aux redevances a été contracté et qui supporte la charge de ces redevances, celles-ci sont considérées comme provenant de l'Etat dans lequel l'établissement stable ou la base fixe est situé.

(6) Lorsque, en raison des relations particulières existant entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou de relations que l'un et l'autre entretiennent avec un tiers, le montant des redevances payées, au titre de l'usage, du droit ou des informations pour lequel elles sont payées, dépasse le montant qui aurait été convenu entre le débiteur et le bénéficiaire effectif en l'absence de telles relations, les dispositions du présent Article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. En pareil cas, la part excédentaire des paiements reste imposable conformément à la législation de chaque Etat contractant, compte étant dûment tenu des autres dispositions du présent Accord.

Article 13. Plus-values

(1) Les gains qu'un résident d'un Etat contractant tire de la cession des biens immobiliers visés à l'article 6 et sis dans l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

(2) Les gains tirés par un résident d'un Etat contractant de la cession d'actions, autres que des actions cotées à une bourse reconnue, dont les trois quarts de la valeur au moins est assise directement ou indirectement sur des biens immobiliers situés dans l'autre Etat contractant sont susceptibles d'être imposés dans cet autre Etat.

(3) Les gains provenant de la cession de biens mobiliers faisant partie des actifs d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant ou de biens mobiliers appartenant à une base fixe dont un résident de l'un des Etats contractants dispose dans l'autre Etat contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, y compris les gains provenant de la cession de cet établissement stable (isolément ou avec l'ensemble de l'entreprise) ou de cette base fixe, sont imposables dans cet autre Etat.

(4) Les gains tirés par une entreprise d'un Etat contractant de l'exploitation de navires ou d'aéronefs en trafic international, de bateaux assurant un transport sur des voies d'eaux intérieures ou de biens mobiliers, y compris de conteneurs, affectés à l'exploitation de ces navires, aéronefs ou bateaux, ne sont imposables que dans cet Etat.

(5) Les gains provenant de la cession de tous biens autres que ceux visés dans les paragraphes précédents ne sont imposables que dans l'Etat contractant dont le cédant est un résident.

Article 14. Professions indépendantes

(1) Les revenus qu'une personne physique résidente d'un Etat contractant tire d'une profession libérale ou d'autres activités à caractère indépendant ne sont imposables que dans cet Etat. Toutefois, ces revenus sont également susceptibles d'être imposés dans l'autre Etat contractant si :

- a) la personne est présente dans l'autre Etat pendant une ou des périodes dépassant au total 183 jours sur toute période de 12 mois commençant ou finissant pendant l'année civile concernée; ou
- b) la personne dispose habituellement dans cet autre Etat d'une base fixe pour l'exercice de ses activités;

quoique seule la fraction des revenus qui est imputable aux activités exercées dans cet autre Etat soit ainsi imposable.

(2) L'expression " profession libérale " comprend notamment les activités indépendantes d'ordre scientifique, littéraire, artistique, éducatif ou pédagogique, ainsi que les activités indépendantes des médecins, avocats, ingénieurs, architectes, dentistes et comptables.

Article 15. Professions dépendantes

(1) Sous réserve des dispositions des articles 16, 18 et 19, les salaires, traitements et autres rémunérations analogues qu'un résident d'un Etat contractant perçoit au titre d'un emploi salarié ne sont imposables que dans cet Etat à moins que l'emploi ne soit exercé dans l'autre Etat contractant. Si l'emploi est ainsi exercé, les rémunérations perçues à ce titre sont imposables dans cet autre Etat.

(2) Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, les rémunérations qu'un résident d'un Etat contractant reçoit au titre d'un emploi salarié exercé dans l'autre Etat contractant ne sont imposables que dans le premier Etat si :

- a) le bénéficiaire séjourne dans l'autre Etat pendant une ou des périodes ne dépassant pas au total 183 jours sur toute période de 12 mois commençant ou se terminant pendant l'année civile considérée; et
- b) la rémunération est payée par ou au nom d'un employeur qui n'est pas un résident de l'autre Etat, et
- c) la rémunération n'est pas supportée par un établissement stable ou par une base fixe que l'employeur a dans l'autre Etat.

(3) Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, les rémunérations perçues au titre d'un emploi exercé à bord d'un navire ou d'un aéronef exploité en trafic international ou à bord d'un bateau assurant un transport sur les voies d'eaux intérieures, exploité par une entreprise d'un Etat contractant, ne sont imposables que dans ledit Etat. Toutefois, si la rémunération est perçue par un résident de l'autre Etat contractant, elle est également susceptible d'être imposée dans cet autre Etat.

Article 16. Tantièmes des administrateurs

Les tantièmes des administrateurs et autres rétributions analogues qu'un résident d'un Etat contractant perçoit en sa qualité de membre du conseil d'administration d'une société qui est un résident de l'autre Etat contractant sont susceptibles d'être imposés dans cet autre Etat.

Article 17. Artistes et sportifs

(1) Nonobstant les dispositions des articles 14 et 15, les revenus qu'un résident d'un Etat contractant tire de ses activités personnelles exercées dans l'autre Etat contractant en tant qu'artiste du spectacle, tel qu'un artiste de théâtre, de cinéma, de la radio ou de la télévision, ou en tant que musicien ou sportif, sont imposables dans cet autre Etat.

(2) Lorsque les revenus d'activités qu'un artiste du spectacle ou qu'un sportif exerce personnellement et en cette qualité sont attribués non pas à l'artiste ou au sportif lui-même mais à un tiers, ces revenus sont susceptibles d'être imposés, nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15, dans l'Etat contractant où les activités de l'artiste ou du sportif sont exercées.

Article 18. Pensions

Sous réserve des dispositions du paragraphe 2 de l'article 19, les pensions et autres rémunérations analogues payées à un résident d'un Etat contractant au titre d'un ancien emploi ne sont imposables que dans cet Etat.

Article 19. Fonction publique

- (1) a) Les traitements, salaires et autres rémunérations analogues, autres qu'une pension, payés par un Etat contractant ou l'une de ses subdivisions politiques ou de ses collectivités locales, ou par l'un de ses organismes publics, à une personne physique, au titre de services rendus audit Etat ou à ladite subdivision, collectivité ou audit organisme, ne sont imposables que dans cet Etat.
- b) Toutefois, ces traitements, salaires et autres rémunérations analogues ne sont imposables que dans l'autre Etat contractant si les services sont rendus dans cet Etat et que la personne est un résident de cet Etat et :
 - i) qu'elle possède la nationalité de cet Etat; ou
 - ii) qu'elle n'est pas devenue un résident de cet Etat à seule fin de rendre les services.

- (2) a) Toute pension payée par, ou sur un fonds créé par un Etat contractant ou par une subdivision politique, une collectivité locale ou un organisme public de celui-ci à une personne physique au titre de services rendus dans cet Etat ou dans cette subdivision ou collectivité ou dans cet organisme, n'est imposable que dans cet Etat.
- b) Cependant, cette pension n'est imposable que dans l'autre Etat contractant si la personne physique est un résident de cet Etat et en est également ressortissant.
- (3) Les dispositions des articles 15, 16, 17 et 18 s'appliquent aux traitements, salaires et autres rémunérations analogues, ainsi qu'aux pensions servies au titre de services rendus dans le cadre d'une activité commerciale ou industrielle exercée par un Etat contractant ou par l'une de ses subdivisions politiques ou de ses collectivités locales ou par l'un de ses organismes publics.

Article 20. Etudiants

Les sommes qu'un étudiant ou un apprenti qui est ou était, immédiatement avant de se rendre dans un Etat contractant, un résident de l'autre Etat contractant et qui séjourne dans le premier Etat mentionné à seule fin d'y poursuivre ses études ou sa formation, reçoit afin d'assurer son entretien, son éducation ou sa formation ne sont pas imposables dans cet Etat, sous réserve que ces sommes proviennent de sources extérieures à cet Etat.

Article 21. Autres revenus

(1) Les éléments du revenu d'un résident d'un Etat contractant, d'où qu'ils proviennent, non abordés dans les articles précédents du présent Accord ne sont imposables que dans cet Etat.

(2) Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas aux revenus autres que les revenus tirés de biens immobiliers tels que définis au paragraphe 2 de l'article 6 lorsque le bénéficiaire de ces revenus, résident d'un Etat contractant, exerce une activité industrielle ou commerciale dans l'autre Etat contractant par le biais d'un établissement stable qui y est situé ou exerce dans cet autre Etat une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que le droit ou le bien au titre duquel les revenus sont payés est effectivement rattaché audit établissement stable ou à ladite base fixe. En pareil cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, selon le cas, sont applicables.

(3) Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article, les éléments du revenu d'un résident d'un Etat contractant, non traités dans les articles précédents du présent Accord et qui proviennent de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat contractant.

Article 22. Elimination de la double imposition

- (1) En Autriche, la double imposition est évitée comme suit :
- a) Lorsqu'un résident de l'Autriche tire un revenu qui, selon les dispositions du présent Accord, sont imposables à Singapour, l'Autriche, sous réserve des dispositions des alinéas b) à d), exonère d'impôts ce revenu.

- b) Lorsqu'un résident de l'Autriche tire des éléments de revenu qui, selon les dispositions des articles 10, 11 et 12, du paragraphe 2 de l'article 13 ainsi que de l'article 21, sont imposables à Singapour, l'Autriche accorde, sous la forme d'un abattement sur l'impôt sur le revenu de ce résident, une déduction égale à l'impôt payé à Singapour. Cet abattement ne peut toutefois être supérieur à la fraction de l'impôt, tel que calculé avant que l'abattement ne soit accordé, imputable auxdits éléments de revenu tirés de Singapour.
- c) Les dividendes, au sens de l'alinéa b) du paragraphe 2 de l'article 10, payés par une société qui est un résident de Singapour, à une société qui est un résident de l'Autriche, sont exonérés d'impôts en Autriche, sous réserve toutefois des dispositions pertinentes de la législation interne de l'Autriche, et nonobstant cependant toute dérogation aux critères applicables à la participation minimum prévue par ladite législation.
- d) Lorsque, selon l'une quelconque des dispositions de l'Accord, le revenu tiré par un résident de l'Autriche est exonéré d'impôt en Autriche, l'Autriche peut néanmoins, pour calculer le montant de l'impôt sur le reste du revenu dudit résident, prendre en considération le revenu exonéré.

(2) A Singapour, la double imposition est évitée comme suit :

Lorsqu'un résident de Singapour tire un revenu de l'Autriche, lequel, selon les dispositions du présent Accord, est imposable en Autriche, Singapour, sous réserve de sa législation concernant l'admission d'un crédit d'impôt à valoir sur l'impôt de Singapour, payable dans tout pays autre que Singapour, admet l'impôt autrichien, qu'il soit payable directement ou par déduction, en crédit d'impôt à valoir sur l'impôt de Singapour payable sur le revenu du résident. Lorsque ce revenu est constitué par des dividendes payés par une société qui est résident de l'Autriche à un résident de Singapour, qui est une société détenant directement ou indirectement au moins 10 pour cent du capital d'actions de la société première citée, le crédit tient compte de l'impôt autrichien payé par cette société sur la fraction de ses bénéfices sur lesquels les dividendes sont payés.

Article 23. Non-discrimination

(1) Les ressortissants d'un Etat contractant ne sont soumis dans l'autre Etat contractant à aucune imposition ou obligation connexe autre ou plus lourde que celle à laquelle sont ou pourraient être assujettis, dans les mêmes circonstances, les ressortissants de cet autre Etat, notamment en ce qui concerne la résidence. Nonobstant les dispositions de l'article 1, la présente disposition s'applique aux personnes qui ne sont pas des résidents de l'un ou des deux Etats contractants.

(2) L'établissement stable qu'une entreprise de l'un des Etats contractants a dans l'autre Etat contractant n'est pas imposé selon des modalités moins favorables dans cet autre Etat que les entreprises de ce dernier exerçant les mêmes activités.

(3) Aucune des dispositions du présent article ne peut être interprétée comme obligeant un Etat contractant à accorder :

- a) aux résidents de l'autre Etat contractant les allocations individuelles, les dégrèvements et les réductions d'impôts qu'il accorde à ses propres résidents; ou

b) aux ressortissants de l'autre Etat contractant les allocations individuelles, les dégrèvements et les réductions d'impôts qu'il accorde à ses propres ressortissants qui ne sont pas résidents dudit Etat contractant ou à telles autres personnes spécifiées dans la législation fiscale de cet Etat contractant.

(4) Les entreprises d'un Etat contractant dont le capital est, en tout ou partie, directement ou indirectement, détenu ou contrôlé par un ou plusieurs résidents de l'autre Etat contractant, ne sont soumises dans le premier Etat à aucune imposition ou obligation connexe autre ou plus lourde que l'imposition et que les obligations connexes auxquelles sont ou pourraient être assujetties les autres entreprises analogues du premier Etat.

(5) Dans le présent article, le terme " imposition " s'entend des impôts visés par le présent Accord.

Article 24. Procédure amiable

(1) Lorsqu'une personne considère que les mesures prises par l'un des Etats contractants ou par les deux entraînent ou vont entraîner pour elle une imposition non conforme aux dispositions du présent Accord, elle peut, sans préjudice des voies de recours prévues par la législation interne de ces Etats, soumettre son cas à l'autorité compétente de l'Etat contractant dont elle est un résident, ou, si son cas relève du paragraphe 1 de l'article 23, à l'Etat contractant dont il est ressortissant. La réclamation doit être présentée dans un délai de trois ans à compter de la première notification des mesures ayant abouti à une imposition non conforme aux dispositions du présent Accord.

(2) L'autorité compétente s'efforce, si la réclamation lui paraît fondée et si elle n'est pas par elle-même en mesure d'y apporter une solution satisfaisante, de régler l'affaire d'un commun accord avec l'autorité compétente de l'autre Etat contractant, dans le but d'éviter une imposition non conforme à l'Accord. Tout accord conclu est mis en oeuvre nonobstant les délais fixés par la législation interne des Etats contractants.

(3) Les autorités compétentes des Etats contractants s'efforcent de lever d'un commun accord toute difficulté ou tout doute quant à l'interprétation ou à l'application de l'Accord. Dans les cas non prévus par l'Accord, elles peuvent aussi se consulter afin d'éliminer la double imposition.

(4) Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent communiquer directement entre elles en vue de parvenir à un accord au sens des paragraphes précédents.

Article 25. Echange de renseignements

(1) Les autorités compétentes des Etats contractants échangent les renseignements qui s'imposent pour faire appliquer les dispositions du présent Accord ou celles du droit interne des Etats contractants ayant trait aux impôts visés par l'Accord, dans la mesure où l'imposition prévue par ces dispositions n'est pas incompatible avec l'Accord. Les renseignements reçus par un Etat contractant sont tenus secrets de la même manière que les renseignements obtenus en application de la législation interne de cet Etat, et ne sont communiqués qu'aux personnes ou aux autorités (y compris les tribunaux et les organes administratifs) concernés par l'établissement ou le recouvrement des impôts visés par l'Accord,

la mise à exécution de ces impôts ou les poursuites au titre de ceux-ci, ou par les décisions sur les recours y relatifs. Ces personnes ou autorités n'utilisent ces renseignements qu'à ces fins. Elles peuvent faire état de ces informations aux audiences publiques des tribunaux ou dans des jugements.

(2) Les dispositions du paragraphe 1 ne peuvent en aucun cas être interprétées comme imposant à un Etat contractant l'obligation :

- a) de prendre des mesures administratives dérogeant à sa propre législation ou à sa pratique administrative ou à celle de l'autre Etat contractant;
- b) de communiquer des renseignements qui ne peuvent être obtenus en vertu de sa propre législation ou dans le cadre de sa pratique administrative normale ou de celles de l'autre Etat contractant;
- c) de fournir des renseignements qui révèleraient un secret commercial, industriel ou professionnel, ou un procédé commercial ou des informations dont la communication serait contraire à l'ordre public.

*Article 26. Membres des missions diplomatiques
et des postes consulaires*

Rien dans le présent Accord ne porte atteinte aux priviléges fiscaux dont bénéficient les membres des missions diplomatiques ou des postes consulaires en vertu des règles générales du droit international ou des dispositions d'accords particuliers.

Article 27. Entrée en vigueur

(1) Chacun des Etats contractants notifiera l'autre l'accomplissement des formalités requises par sa législation pour l'entrée en vigueur du présent Accord.

(2) L'Accord entrera en vigueur à la date de la réception de la dernière de ces notifications et prendra dès lors effet en ce qui concerne les impôts sur le revenu de l'année civile (y compris des exercices comptables commençant au cours de toute dite année civile) suivant celle au cours de laquelle l'Accord entrera en vigueur, ainsi que des années suivantes.

Article 28. Dénonciation

Le présent Accord restera en vigueur indéfiniment; toutefois, le ou avant le 30 juin de l'année civile commençant après l'expiration d'une période de cinq ans courant à compter de la date de son entrée en vigueur, l'un ou l'autre des Etats contractants peut le dénoncer par écrit par la voie diplomatique. En pareil cas, l'Accord cessera de produire ses effets sur les impôts sur le revenu se rapportant à l'année civile (y compris aux exercices comptables commençant au cours de toute dite année civile) suivant celle pendant laquelle la notification de dénonciation aura été donnée, ainsi qu'aux années suivantes.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires des deux Etats contractants, à ce dûment autorisés, ont signé le présent Accord.

FAIT en deux exemplaires à Vienne, le 30 novembre 2001, en langues allemande et anglaise, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République d'Autriche :

DR. JOHANN DEMEL

Pour le Gouvernement de la République de Singapour :

CHEN CHOONG JOONG

PROTOCOLE

Au moment de signer l'Accord tendant à éviter la double imposition et à prévenir l'évasion fiscale en matière d'impôts sur le revenu, conclu ce jour entre le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République de Singapour, les soussignés sont convenus que les dispositions suivantes feraient partie intégrante de l'Accord.

En ce qui concerne l'article 13 :

1. Aux fins du paragraphe 2 de l'article 13
 - a) les trois-quarts de la valeur des actions d'une société sont considérés comme reposant directement ou indirectement sur des biens immobiliers situés dans un Etat contractant si la société possède des biens immobiliers situés dans cet Etat ou des actions dans une ou plusieurs sociétés d'investissement pertinentes, dont la valeur totale représente au moins les trois-quarts de la valeur commerciale de l'ensemble de ses actifs à la fin de l'exercice comptable de la société précédant immédiatement la cession des actions de la société par la personne visée au paragraphe 2 de l'article 13; et
 - b) aux fins de l'alinéa a) ci-dessus, une société d'investissement pertinente s'entend d'une société dont les actions ne sont pas cotées à une bourse reconnue et qui possède des biens immobiliers situés dans l'Etat contractant visé à l'alinéa a) ci-dessus, biens dont la valeur représente au moins les trois-quarts de la valeur commerciale de l'ensemble de ses actifs à la fin de l'exercice comptable de la société précédant immédiatement la vente des actions de la société visée à l'alinéa a) ci-avant par la personne visée au paragraphe 2 de l'article 13.

En ce qui concerne l'article 22 :

2. Lorsqu'un résident de l'Autriche tire un revenu d'une entreprise de Singapour en qualité " d'associé commanditaire typique " (echter stiller Gesellschafter) selon le droit autrichien, l'impôt payé à Singapour sur ce revenu est déduit de l'impôt autrichien conformément aux dispositions de l'alinéa b) du paragraphe 1 de l'article 22.

3. La phrase " sous réserve toutefois des dispositions pertinentes de la législation interne de l'Autriche " figurant à l'alinéa c) du paragraphe 1 de l'article 22 se réfère aux dispositions qui, dans la législation fiscale autrichienne, ont pour but de réprimer les abus.

En ce qui concerne l'article 23 :

4. L'octroi, par Singapour, des dégrèvements fiscaux ou des incitations fiscales suivants ne peut être interprété comme une discrimination au sens de l'article 23 :
 - a) dégrèvements fiscaux accordés aux ressortissants non résidents de Singapour en vertu de la Section 40 de la Loi sur l'impôt sur le revenu;
 - b) incitations fiscales accordées à ses ressortissants afin de favoriser le développement social conformément à sa politique et à ses critères nationaux;
 - c) incitation fiscale accordée conformément à la Partie XIIIB de la Loi sur les incitations au développement économique (Dégrèvement d'impôt sur le revenu), afin de favoriser les investissements à l'étranger ou les programmes réalisés par des entre-

prises appartenant pour l'essentiel à des ressortissants de Singapour ou à des personnes qui y résident en permanence.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires des deux Etats contractants, à ce dûment autorisés, ont signé le présent protocole.

FAIT en deux exemplaires à Vienne, le 30 novembre 2001, en langues allemande et anglaise, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République d'Autriche :

DR. JOHANN DEMEL

Pour le Gouvernement de la République de Singapour :

CHEN CHOONG JOONG

